



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Finanzkommission

vom: 19. Mai 2015

zur Vorlage Nr.: [2015-112](#)

Titel: **Bericht zum Postulat von Elisabeth Augstburger, CVP/EVP-Fraktion:
"Arbeitsverbot für Personen mit Status N" ([2012/245](#))**

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2015/112

Kanton Basel-Landschaft

Landrat

Bericht der Finanzkommission an den Landrat

Bericht zum Postulat von Elisabeth Augstburger, CVP/EVP-Fraktion: "Arbeitsverbot für Personen mit Status N" ([2012/245](#))

Vom 19. Mai 2015

1. Ausgangslage

Im Postulat wird der Regierungsrat gebeten, die Bedingungen so anzupassen, dass Asylsuchende mit Status N, welche länger als drei Monate in der Schweiz leben, nicht generell von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind, dass vielmehr deren Arbeitsgesuche situativ geprüft und eine allfällige Ablehnung schriftlich verfügt werden muss. Der Regierungsrat antwortet, dass kein generelles Arbeitsverbot für Asylsuchende mit Status N besteht. Allerdings muss für eine Person mit Status N, bevor sie eine Arbeitsbewilligung bekommt, nachgewiesen werden, dass kein Inländer respektive ein Ausländer mit Status F oder höher für diese Arbeit in Frage kommt. Diese Regelung schreibt das Bundesgesetz vor. Der Kanton Baselland muss diese übernehmen. Jährlich werden ungefähr 230 Arbeitsbewilligungen für Personen aus dem Asylbereich ausgestellt, meist an Personen mit dem Status F. Für weitere Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1 Organisatorisches

Die Finanzkommission hat die Vorlage am 15. April 2015 beraten. Begleitet wurde sie dabei von Regierungsrat Anton Lauber, Finanzverwalter Roger Wenk und dem Vorsteher der Finanzkontrolle, Roland Winkler. Ferner nahmen Sebastian Helmy, Leiter Sozialamt, Rolf Rossi, Abteilungsleiter Koordinationsstelle für Asylbewerber sowie Stefan Bloch, KIGA, Leiter Abt. Arbeitsbedingungen an der Beratung teil.

2.2 Eintreten

Eintreten war unbestritten.

2.3 Erwägungen der Kommission

Die Kommission nahm die Ausführungen des Sozialamtes zu Kenntnis. Der Eindruck, dass es heute für Personen mit dem Status N einfacher ist, eine Arbeit zu bekommen, konnte vom Sozialamt nicht bestätigt werden. Der Bundesrat möchte viel mehr, dass Personen mit einer vorläufigen Aufnahme bei der Erteilung von Arbeitsbewilligungen vorrangig berücksichtigt werden. Gleichzeitig sollen Asylgesuche rascher behandelt werden. Dies soll die Anzahl Personen mit Status N senken.

3. Antrag an den Landrat

Die Finanzkommission empfiehlt einstimmig, mit 12:0 Stimmen, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Frenkendorf, 19. Mai 2015

Für die Finanzkommission: Mirjam Würth, Präsidentin